

## Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 23. Juni 1982

am Donnerstag, dem 24. Juni 1982

### Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Auch (SPD)	2, 53	Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	100
Austermann (CDU/CSU)	46, 47	Dr. Jobst (CDU/CSU)	74
Biehle (CDU/CSU)	91	Kirschner (SPD)	35, 49
Bindig (SPD)	3, 57	Dr. Klejdzinski (SPD)	77, 78
Brandt (Grolsheim) (SPD)	51, 52	Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	8
Clemens (CDU/CSU)	106	Dr. Kübler (SPD)	96, 97
Collet (SPD)	107, 108	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	86
Conradi (SPD)	34, 56	Lambinus (SPD)	9, 10
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	66	Dr. Lammert (CDU/CSU)	87, 88
Dörflinger (CDU/CSU)	68, 69	Dr. Laufs (CDU/CSU)	4, 85
Duve (SPD)	22, 23	Linsmeier (CDU/CSU)	82, 83
Eigen (CDU/CSU)	60, 61	Merker (FDP)	73
Engelsberger (CDU/CSU)	1	Michels (CDU/CSU)	43
Feile (SPD)	64, 84	Milz (CDU/CSU)	101, 102
Dr. Feldmann (FDP)	58	Dr. Möller (CDU/CSU)	103, 104
Franke (CDU/CSU)	48	Nelle (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	50, 81	Neuhaus (CDU/CSU)	44, 45
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	62, 63	Neumann (Bramsche) (SPD)	20, 21
Gansel (SPD)	14, 15	Oostergetelo (SPD)	16, 17
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	54, 55	Dr. Osswald (SPD)	6, 7
Dr. Hennig (CDU/CSU)	28, 29	Frau Pack (CDU/CSU)	31, 32
Hinsken (CDU/CSU)	75, 76	Paintner (FDP)	59
Dr. Hupka (CDU/CSU)	30, 38	Pauli (SPD)	67
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	5, 105	Pfeffermann (CDU/CSU)	79, 80

## Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Rawe (CDU/CSU) . . . . .	72	Stutzer (CDU/CSU) . . . . .	65, 94
Rossmannith (CDU/CSU) . . . . .	89, 90	Thüsing (SPD) . . . . .	12, 13
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD) . . . . .	11, 95	Dr. Voss (CDU/CSU) . . . . .	36, 37
Dr. Schöfberger (SPD) . . . . .	26, 27	Wallow (SPD) . . . . .	33
Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU) . . . . .	70, 71	Waltemathe (SPD) . . . . .	18, 19
Frau Schuchardt (FDP) . . . . .	24, 25	Würtz (SPD) . . . . .	92, 93
Dr. Steger (SPD) . . . . .	98, 99	Dr. Zumpfort (FDP) . . . . .	41, 42

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen . . . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	17

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter Engelsberger (CDU/CSU)      Treffen Pressemeldungen zu, Generalbundesanwalt Rebmann habe sich vor Journalisten in Karlsruhe dahin gehend geäußert, daß die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit vor allem durch die „Revolutionären Zellen“ bedroht werde, deren Taktik darin bestehe, als Kleinstgruppen und als Einzeltäter aufzutreten und sich unter Ausnutzung des § 129 a des Strafgesetzbuches (Mindestgröße einer Terroristischen Vereinigung: drei Gruppen) einer zentralen Verfolgung zu entziehen, und ist die Bundesregierung bereit, eine Gesetzesänderung dahin gehend zu initiieren, daß dem Generalbundesanwalt auch die Verfolgung von Kleinstgruppen und Einzeltätern ermöglicht wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

2. Abgeordneter Auch (SPD)      Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Arbeitsplätze durch Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme seit 1970 gesichert oder neu beschaffen worden sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

3. Abgeordneter Bindig (SPD)      Wird bei routinemäßigen Lebensmitteluntersuchungen nach dem Rückstandsgehalt von Endrin und Lindan gesucht, und ist nach den bekanntgewordenen Schadensfällen mit chlorierten Kohlenwasserstoffen geplant, in der gesamten Bundesrepublik Deutschland zukünftig gezielt und regelmäßig Rückstandsuntersuchungen in Lebensmitteln, insbesondere an Obst und Gemüse, nach diesen Stoffen durchzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

4. Abgeordneter Dr. Laufs (CDU/CSU)      Kann die Bundesregierung die Praxis der DDR-Behörden bestätigen, in dringenden Familienangelegenheiten die Ausreise jeweils nur eines Familienangehörigen zu erlauben, und welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um in diesen Fällen die Besuchsmöglichkeiten zu erweitern?
5. Abgeordneter Jäger (Wangen) (CDU/CSU)      Treffen Pressemeldungen zu, in denen darüber berichtet wird, daß es in der DDR immer noch rund 5000 politische Häftlinge gibt, und wie beurteilt die Bundesregierung eine so hohe Zahl politischer Häftlinge im Hinblick auf die völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechtsverpflichtungen der DDR?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Bildung und Wissenschaft**

6. Abgeordneter  
Dr. Osswald  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß deutsche Studenten nach wie vor an schweizerischen Universitäten Studiengebühren zu bezahlen haben, obwohl im umgekehrten Fall für schweizerische Studenten an deutschen Hochschulen Gebührenfreiheit besteht?
7. Abgeordneter  
Dr. Osswald  
(SPD)      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in Ermangelung einer schweizerischen Bundeskompetenz mit den einzelnen Kantonen als Träger der Universitäten in Verhandlungen zu treten, um das Prinzip der gegenseitigen Gebührenfreiheit auch mit der Schweiz zur Anwendung kommen zu lassen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und  
des Bundeskanzleramtes**

8. Abgeordneter  
Kroll-Schlüter  
(CDU/CSU)      Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß die für die Verteilung in Osteuropa vorgesehene Jugendbroschüre „Hallo“, die in russischer, ungarischer, rumänischer, serbokroatischer, tschechischer und bulgarischer Sprache erscheinen soll, nicht ins polnische übersetzt wird?
9. Abgeordneter  
Lambinus  
(SPD)      Was hat die Bundesregierung getan oder veranlaßt, um im Sinne des Schlußdokuments der 10. Sonder-tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung (Resolution S-10/2 vom 30. Juni 1978 — Nummern 99 ff.) die Verbreitung von Informationen über das Wettrüsten, wie auch über die Versuche, es zu beenden, zu verbessern, und hat sie insbesondere das Schlußdokument selbst allgemein bekanntgemacht?
10. Abgeordneter  
Lambinus  
(SPD)      Was hat die Bundesregierung getan oder veranlaßt, um im Sinn des Schlußdokuments (Nummer 100) gedrucktes und audiovisuelles Material über die Gefahren des Wettrüstens sowie über die Abrüstungs-bemühungen und die Verhandlungen über spezi-fische Abrüstungsmaßnahmen auszuarbeiten und zu verbreiten, und hat sie insbesondere Bildungspro-gramme für Abrüstungs- und Friedensstudien ausge-arbeitet (Nummer 106) und die Aufnahme solchen Materials in die Lehrpläne der Bildungseinrichtun-gen gefördert (Nummer 107)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

11. Abgeordnete  
Frau  
Schmidt  
(Nürnberg)  
(SPD)      Welche der beiden entgegengesetzten Auffassungen, die seitens der Bundesregierung auf Anfragen ge-äußert wurden, ist zutreffend, diejenige, daß es sich bei der Lagerung von chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland „ . . . um Rechte der Alliierten (handelt) . . . , die sie wahrnehmen. Dazu bedarf es nicht der Zustimmung irgendwelcher Stellen“ (Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Penner, Fragestunde vom 13. Mai 1981), oder diejenige,

„die Lagerung chemischer Waffen auf deutschem Boden (setze) . . . deutsche Zustimmung voraus“ (Staatsminister im Auswärtigen Amt Dr. Corterier, Fragestunde vom 4. März 1982)?

12. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung die Menschenrechtssituation in der Türkei, insbesondere im Hinblick auf die Unterdrückung der Kurden?
13. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD)      Welche Informationen hat die Bundesregierung zur Situation christlicher Minderheiten in der Türkei, insbesondere über die der Aramäer?
14. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)      Welche Informationen aus erster Hand besitzt die Bundesregierung über die Lage der Kurden in der Türkei?
15. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)      Kann die Bundesregierung widerlegen, daß die Wirtschafts- und Militärhilfe der Bundesregierung an die Türkei einer starken Unterdrückung und Verfolgung der türkischen Minderheit Vorschub leistet?
16. Abgeordneter  
**Oostergetelo**  
(SPD)      Ist der Bundesregierung bekannt, ob in der Türkei politische Massenprozesse, u. a. gegen Kurden, geführt werden, in denen in großer Zahl für die Angeklagten Todesstrafen von der Staatsanwaltschaft gefordert werden?
17. Abgeordneter  
**Oostergetelo**  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, dem Besuch einer Kommission der internationalen Juristenorganisation zur Beobachtung der politischen Massenprozesse in der Türkei ihre Unterstützung zu gewähren?
18. Abgeordneter  
**Waltemathe**  
(SPD)      Wann beabsichtigt die Bundesregierung, ihren von Bundesminister Genscher angekündigten Bericht über die Menschenrechtssituation in der Türkei den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages vorzulegen?
19. Abgeordneter  
**Walthemathe**  
(SPD)      Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Türkei sich auf dem Weg zur Wiederherstellung der Demokratie befindet und daß die Menschenrechtssituation in der Türkei sich verbessert hat?
20. Abgeordneter  
**Neumann**  
(Bramsche)  
(SPD)      Ist der Bundesregierung die Behauptung bekannt, wonach in der Türkei (z. B. im Militärgefängnis Diyabakir) Massaker, Hinrichtungen und Folterungen geschehen sein sollen, und daß zur Aufdeckung geschehener und Verhinderung weiterer Verbrechen seit dem 24. Mai 1982 ein bundesweiter unbefristeter Hungerstreik von Türken, Kurden und Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wird?
21. Abgeordneter  
**Neumann**  
(Bramsche)  
(SPD)      Sind der Bundesregierung die Forderungen der Hungerstreikenden, Aufklärung über die Ermordung mehrerer politischer Gefangener in den Militärgefängnissen Diyabakir und Alemdag/Istanbul, Entsendung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Massaker und Menschenrechtsverletzungen, Beobachtung der politischen Massenprozesse in der Türkei und Türkei-Kurdistans, bekannt, und ist sie bereit, schnell — vor allem wegen der dringendsten Forderung nach Entsendung

- einer unabhängigen Kommission — diese zu unterstützen und deswegen mit der türkischen Regierung zu verhandeln?
22. Abgeordneter  
**Duve**  
(SPD) Hat die Bundesregierung zur Kenntnis genommen, daß seit dem 24. Mai d. J. 338 türkische, kurdische und deutsche Arbeitnehmer in 24 Städten Westeuropas, davon in 14 deutschen Städten, einen Hungerstreik gegen Hinrichtungen, Folterungen und Massaker in der Türkei durchführen, und wie hat sie darauf reagiert?
23. Abgeordneter  
**Duve**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Forderungen der Hungerstreikenden nach einer internationalen Delegation der UNO-Menschenrechtskommission in die Türkei zu unterstützen, und welche Schritte wird sie gegebenenfalls unternehmen, um dies zu erreichen?
24. Abgeordnete  
**Frau Schuchardt**  
(FDP) Inwieweit wurde das NATO — Treffen am 10. Juni 1982 genutzt, den NATO- Partner Türkei zur Einhaltung der Menschenrechte und Wiederherstellung der Demokratie zu verpflichten?
25. Abgeordnete  
**Frau Schuchardt**  
(FDP) Hat die NATO das türkische Militärregime darauf hingewiesen, daß bei dauerhafter Verletzung der dem NATO-Vertrag zugrundeliegenden Wertvorstellungen ein Ausschluß aus der NATO- die notwendige Folge sein müßte?
26. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD) Hat die Bundesrepublik Deutschland seinerzeit dem Schlußdokument der 10. Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung (Resolution S-10/2 vom 30. Juni 1978) zugestimmt, und billigt die Bundesregierung auch derzeit noch den vollen Inhalt dieses Dokuments?
27. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD) Hat die Bundesregierung entsprechend Nummer 89 und 90 des Schlußdokuments der Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits Vorschläge zur allmählichen Kürzung der Militärhaushalte auf gegenseitig vereinbarter Grundlage, beispielsweise in absoluten Zahlen oder in Prozentsätzen, unterbreitet, die geeignet sind, heute für militärische Zwecke verwendete Mittel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, insbesondere zum Nutzen der Entwicklungsländer, zuzuführen, und falls nein, warum nicht?
28. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Verhalten der Sowjetbehörden im Fall des Ausreisebegehrens des 36 Jahre alten Malers Jossif Kiblitzi, der mit der Düsseldorfer Lehrerin Renate Zobel verheiratet ist und ein zweijähriges Kind in der Bundesrepublik Deutschland hat, mit der KSZE-Schlußakte nicht zu vereinbaren ist, die in Korb III, Nummer 1 b, bestimmt, daß die Teilnehmerstaaten Gesuche von Personen, die mit Angehörigen ihrer Familie zusammengeführt werden möchten, in positivem und humanitärem Geist behandelt werden, und liegt hier angesichts des seit dem 10. Mai andauernden Hungerstreiks des Petenten nicht ein besonders dringender Fall im Sinn dieser Vorschrift vor, der positiv erledigt werden muß?

29. Abgeordneter  
Dr. Hennig  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung nicht die Notwendigkeit, den weiteren Fortgang der Sammlung „Waffen für El Salvador“ zu unterbinden, zu dem der salvadorianische KP-Generalsekretär Farid Handal in der Berliner „Tageszeitung“ vom 4. Juni 1982 mit der Begründung aufgerufen hat, „vor allem anderen eine Niederlage der kriegstreibenden interventio-nistischen Politik der nordamerikanischen Re-gierung“ herbeizuführen, und teilt die Bundesre-gierung meine Überzeugung, daß diese Sammlung gegen Artikel 26 des Grundgesetzes verstößt, weil sie durch Ermöglichung terroristischer Mordtaten zu einer schwerwiegenden, ernstlichen und nach-haltigen Beeinträchtigung zwischenstaatlicher Be-ziehungen führt und auch in dieser Absicht vor-genommen wird?
30. Abgeordneter  
Dr. Hupka  
(CDU/CSU) Wann und ob überhaupt wird die Ausreise der Deutschen aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße entsprechend der Verpflichtung aus der „Information“ zum Warschauer Vertrag, dem deutsch-polnischen Ausreiseprotokoll, der KSZE-Schlußakte und den UN-Menschenrechtspakten durch die polnische Regierung ohne Beschränkungen und Schikanen wieder gestattet?
31. Abgeordnete  
Frau Pack  
(CDU/CSU) Wie ist die Stellungnahme der Bundesregierung zur Empfehlung 940 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die europäische kulturelle Zusammenarbeit?
32. Abgeordnete  
Frau Pack  
(CDU/CSU) Betrachtet die Bundesregierung den Europarat als Hauptinstrument der kulturellen Zusammenarbeit in Europa, und in welcher Weise setzt sie sich dafür ein, daß für dessen kulturelle Tätigkeiten ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden?
33. Abgeordneter  
Wallow  
(SPD) Aus welchen Gründen hat das Auswärtige Amt zugestimmt, daß die Adenauerallee in Bonn aus Anlaß der CDU-Demonstration am 5. Juni 1982 entgegen der bisherigen Praxis von über 30 Jahren wie bei einem Staatsbesuch geflaggt war?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

34. Abgeordneter  
Conradi  
(SPD) Beabsichtigt das Bundesinnenministerium, von der Ermächtigung in § 15 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes Gebrauch zu machen und durch Rechtsverordnung die Abgabe und das Aufbringen von Abwasser, Klärschlamm, Fäkalien oder ähnlichen Stoffen, beziehungsweise von Jauche, Gülle oder Stallmist insoweit, als das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten wird, zu regeln?
35. Abgeordneter  
Kirschner  
(SPD) Wie hoch ist insgesamt die Zahl der genehmigten Nebentätigkeiten bei den Bundesministerien und nachgeordneten Behörden sowie bei den Unternehmen Bahn und Post?



36. Abgeordneter  
Dr. Voss  
(CDU/CSU) Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß der auf Grund einer Bund-Länder-Vereinbarung in der Kriminalstatistik gewählte Oberbegriff „Gewaltkriminalität“ unter den neben „Mord, Totschlag bis Geiselnahme und Angriff auf den Luftverkehr“ auch „Tötung auf Verlangen“ gefaßt wird, mit dazu beiträgt, daß zum Gesamtbereich Gewaltkriminalität allgemeinverbindliche und schlüssige Aussagen über die Ursachen des Anstiegs nicht gemacht werden können?
37. Abgeordneter  
Dr. Voss  
(CDU/CSU) Welchen Beitrag gedenkt die Bundesregierung zu leisten, um darauf hinzuwirken, daß über die Ursachen des Anstiegs der Gewaltkriminalität zuverlässigere Aussagen als bisher möglich werden?
38. Abgeordneter  
Dr. Hupka  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den von einem Kabinettsmitglied gemachten Vorschlag, den Tag der deutschen Einheit zu streichen und durch einen Verfassungstag zu ersetzen, und entspricht dieser Vorschlag eigenen Vorstellungen und Absichten?

#### Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

39. Abgeordneter  
Nelle  
(CDU/CSU) Sind die Ausbildungskosten für die Auszubildenden in der städtischen und ländlichen Hauswirtschaft von der Steuer absetzbar, wenn diese Ausbildung im Privathaushalt durchgeführt wird?
40. Abgeordneter  
Nelle  
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, zur Schaffung von Anreizen für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen die Ausbildungskosten für Auszubildende in jedem Fall steuerlich zu begünstigen?
41. Abgeordneter  
Dr. Zumpfort  
(FDP) Welchen Stand haben die Verhandlungen zur 7. EG-Umsatzsteuerrichtlinie, nach der bei Gebrauchtwagen, die bereits einmal der Umsatzsteuer unterlegen haben, der erneute Umsatz nicht nochmals in vollem Umfang der Besteuerung unterworfen werden soll?
42. Abgeordneter  
Dr. Zumpfort  
(FDP) Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um das Verfahren zu beschleunigen?
43. Abgeordneter  
Michels  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Absicht des Bundesfinanzministers Lahnstein, die Steuerbelastung für die Landwirtschaft im Haushaltsjahr 1983 zu erhöhen und gleichzeitig die Zuschüsse im Sozialbereich innerhalb der Landwirtschaft zu kürzen, eingedenk der Tatsache, daß schon im Haushaltsjahr 1981 der Einzelplan 10 eine Kürzung von 7,8 v. H. hinnehmen mußte und der vor einigen Monaten vorgelegte Agrarbericht des Bundesernährungsministers einen Einkommensrückgang von 12,6 v. H. in der Landwirtschaft ausgewiesen hat?
44. Abgeordneter  
Neuhaus  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit der vollzogenen Tabaksteuererhöhung für Zigaretten am 1. Juni 1982 der Preisunterschied für eine Stange einer Markenzigarette zwischen Belgien und der

- Bundesrepublik Deutschland 18 DM beträgt, und welche Folgen sich daraus für den Handel im Grenzgebiet ergeben?
45. Abgeordneter  
Neuhaus  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung darüber hinaus bekannt, daß schon jetzt Reisebusunternehmen Tages- bzw. Halbtagestouren nach Belgien analog den „Butterfahrten“ unter dem Aspekt des billigen Zigaretten-einkaufs anbieten, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
46. Abgeordneter  
Austermann  
(CDU/CSU) Welche gemeinsame ordnungspolitische Zielsetzung liegt den im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1983 bekanntgewordenen unterschiedlichen Detailvorschlägen des Bundesfinanzministeriums zu Einsparungen, z. B. zur Kürzung bisheriger Steuervergünstigungen, die insgesamt jedoch nicht ausreichen, den Haushalt ohne eine zusätzliche Neuverschuldung auszugleichen, zugrunde?
47. Abgeordneter  
Austermann  
(CDU/CSU) Wodurch unterscheidet sich diese Zielsetzung gegebenenfalls von der vom Amtsvorgänger des Bundesfinanzministers heute vertretenen Zielsetzung?
48. Abgeordneter  
Franke  
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Ausgaben des Bundes für Trennungsgeld und Familienheimfahrten der Bediensteten des Bundes im Haushaltsjahr 1981?
49. Abgeordneter  
Kirschner  
(SPD) Wie hoch ist die steuerliche Entlastung der steuerpflichtigen Betriebe insgesamt, die auf Grund ihrer Nichterfüllung der Beschäftigungspflicht von Schwerbehinderten die Ausgleichsabgabe von 100 DM pro Monat pro nichtbesetzten Pflichtplatz entrichten müssen und diese dann steuerlich absetzen können?
50. Abgeordneter  
Dr. Friedmann  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß das Branntweinsteueraufkommen 1982 trotz Erhöhung des Steuersatzes hinter dem Aufkommen für 1981 bleibt, und beabsichtigt die Bundesregierung dennoch eine weitere Erhöhung der Branntweinsteuer im Jahr 1983?
51. Abgeordneter  
Brandt  
(Grolsheim)  
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es unbefriedigend ist, wenn im Auftrag der amerikanischen Stationierungstreitkräfte arbeitende deutsche Firmen keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, obwohl der Bedarf an Facharbeitern dort sehr hoch ist und die Kapazitäten für Ausbildung vorhanden wären?
52. Abgeordneter  
Brandt  
(Grolsheim)  
(SPD) Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, bzw. was gedenkt sie zu tun, um in Verhandlungen mit den Stationierungstreitkräften die Verträge so zu gestalten, daß nicht nur Arbeitsstunden, sondern Ausbildungsstunden angeboten werden können?
53. Abgeordneter  
Auch  
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die zusätzlichen Einnahmen für Bund, Länder und Gemeinden bei einer eventuellen Erhebung einer Arbeitsmarkt-abgabe, einer Ergänzungsabgabe für Einkommen ab 40 000 DM (Ledige; Verheiratete 80 000 DM), bei einer Begrenzung des steuerlichen Ehegattensplittings auf Einkommen bis zu 100 000 DM und bei einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

54. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Hartenstein  
(SPD)      Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Mineräldünger (Aufbringung pro Hektar und Gesamtmenge) in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland 1950 und wieviel 1981 verwandt wurde, und wie lauten die entsprechenden Zahlen?
55. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Hartenstein  
(SPD)      Sind Fälle von Überdüngung mit Mineraldünger und/oder organischem Dünger bekanntgeworden, und welche Auswirkungen haben sich dabei ergeben?
56. Abgeordneter  
Conradi  
(SPD)      Wie weit sind die Überlegungen der Bundesregierung zur Vorbereitung einer Überdüngungsverordnung, die nicht nur die organischen, sondern auch die mineralischen Dünger erfaßt, gediehen, und wann ist mit einer solchen Verordnung zu rechnen?
57. Abgeordneter  
Bindig  
(SPD)      Kann die Bundesregierung am Beispiel des Pflanzenschutzmittels Endrin darlegen, wie die nach dem Pflanzenschutzgesetz mit der Überwachung zugelassener Pflanzenbehandlungsmittel betraute Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft und die weiteren dafür zuständigen Behörden oder Stellen im Verantwortungsbereich der Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Anwendung dieses Mittels durch die einzelnen Anwender effektiv überwacht haben, um sicherzustellen, daß die für dieses Mittel ausgesprochene Anwendungsbeschränkung auch tatsächlich eingehalten wird?
58. Abgeordneter  
Dr. Feldmann  
(FDP)      Kann die Bundesregierung Angaben des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und des Deutschen Naturschutzrings (DNR) bestätigen, daß die Bundesrepublik Deutschland als größter Pestizidexporteur der Welt auch Pestizide ausführt, deren Anwendung im Inland verboten ist, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
59. Abgeordneter  
Paintner  
(FDP)      Ist der Bundesregierung bekannt und was gedenkt sie dagegen zu tun, daß Erzeugergemeinschaften auf dem Sektor Vieh und Fleisch laufend gegen das Marktstrukturgesetz verstoßen, indem sie auch Schlachtvieh von Nichtmitgliedern verwerten und vermarkten und dadurch eine vom Marktstrukturgesetz nicht beabsichtigte Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten privater Vermarkter schaffen?
60. Abgeordneter  
Eigen  
(CDU/CSU)      Wie vereinbart die Bundesregierung die Zustimmung zu den Produktionsschwellen bei Getreide und Raps im Ministerrat der EG mit ihrem Sozialanspruch, wenn Millionen von Menschen in der Welt hungern?
61. Abgeordneter  
Eigen  
(CDU/CSU)      Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung durch die USA-Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus in bezug auf die bestehenden Importhemmnisse in den USA für Fleisch-, Wurst- und Milchprodukte aus der Europäischen Gemeinschaft gewonnen, und in welcher Weise sollen sie abgebaut werden?

62. Abgeordneter  
**Funk**  
(Gutenzell)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Interventionspreiserhöhung für Raps nach Auskunft der aufnehmenden Hand nur 2,8 v. H. beträgt und nicht — wie von der Regierung veröffentlicht — 5,7 v. H.?
63. Abgeordneter  
**Funk**  
(Gutenzell)  
(CDU/CSU) In welcher Weise kann die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die veröffentlichten Agrarpreiserhöhungen auch bei den Bauern als Einkommensverbesserung auf den Höfen ankommt?
64. Abgeordneter  
**Feile**  
(SPD) Wie hoch ist der Gesamtschaden der nach den Berichten des Zollfandungsdienstes durch umfangreiche Fälle von Subventionserschleichung bei den Marktordnungswaren wie Milcherzeugnisse, Getreide, Fleisch der EG entstanden ist?
65. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Feststellung im EG-Sitzungsdokument 1-95/82 (Hintergrund des Richtlinienvorschlags) bestätigen, daß in der Bundesrepublik Deutschland Gerichte mehrfach festgestellt haben, daß die Käfighaltung als Tierquälerei zu betrachten ist und folglich strafbar sein kann — diese Aussage deckt sich mit der Stellungnahme von Prof. Sambras anlässlich der öffentlichen Anhörung am 12. und 13. Mai 1982 in Bonn —, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie daraus?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

66. Abgeordneter  
**Dr. Diederich**  
(Berlin)  
(SPD) Welche Überlegungen und Vorbereitungen bestehen bei der Bundesregierung zur rechtzeitigen Information von Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland über die am 1. Oktober 1982 in Kraft tretenden Änderungen der Straßenverkehrs-Ordnung der DDR (4. VO über das Verhalten im Straßenverkehr, DDR-Gesetzblatt I Nr. 17 vom 4. Mai 1982)?
67. Abgeordneter  
**Pauli**  
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs darin, daß der freigestellte Verkehr, z. B. Schüler- und Kindergartenverkehr, nur an den jeweiligen Konzessionsträger der entsprechenden öffentlichen Buslinie vergeben wird, damit zumindest die Leer- und Zufahrten, die beim freigestellten Verkehr anfallen, für den öffentlichen Personenverkehr nutzbar gemacht werden, und welche Maßnahmen können gegebenenfalls im Verantwortungsbereich der Bundesregierung zur Realisierung ergriffen werden?
68. Abgeordneter  
**Dörflinger**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die von der Bundesbahndirektion Karlsruhe in einer am 8. Juni 1982 abgehaltenen Pressekonferenz geäußerte Befürchtung, wonach das Aufrechterhalten der Personenbeförderung auf der Bahnstrecke Neustadt — Donaueschingen nicht garantiert werden könne, falls die Bundesstraße 31 ausgebaut und die Höllentalbahn nicht gleichzeitig modernisiert werde, und wie steht die Bundesregierung zu der Forderung der Deutschen Bundesbahn, die öffentliche Hand solle für den Ausbau dieser Strecke rund 200 Millionen DM bereitstellen?
69. Abgeordneter  
**Dörflinger**  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung, ebenso wie die Bundesbahndirektion Karlsruhe, ein Konkurrenzverhältnis zwischen Straße und Schiene, und ist die Bundesregierung bereit einzuräumen, daß in der Vergangen-

- heit die Schiene gegenüber der Straße vernachlässigt worden sei, wie die Bundesbahndirektion Karlsruhe in der Pressekonferenz vom 8. Juni 1982 verlauten ließ?
70. Abgeordneter  
**Dr. Schroeder**  
(Freiburg)  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die jüngsten Äußerungen der Bundesbahndirektion Karlsruhe, wonach längerfristig gesehen der Zugverkehr auf der Strecke Neustadt — Donaueschingen aus betriebswirtschaftlichen Gründen in Frage gestellt ist, im Gegensatz zu früheren Äußerungen der Deutschen Bundesbahn stehen und solche wechselhaften Informationen zu einer unververtretbaren Verunsicherung führen?
71. Abgeordneter  
**Dr. Schroeder**  
(Freiburg)  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die „Höllentalbahn“ auch für die Zukunft eine unverzichtbare Schienenverbindung über den Schwarzwald zwischen den Oberzentren Freiburg und Villingen-Schwenningen und darüber hinaus zwischen dem Rheintal und dem Bodensee darstellt, und ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß durch entsprechende Investitionen wie Streckenbegradigung und Elektrifizierung die betriebswirtschaftliche Situation positiv beeinflusst wird?
72. Abgeordneter  
**Rawe**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß ein Rollstuhlfahrer, wenn er im Gepäckwagen eines Zugs der Deutschen Bundesbahn befördert wird, nicht den gleichen Versicherungsschutz durch die Deutsche Bundesbahn genießt wie andere Reisende, und, wenn dies richtig ist, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Diskriminierung von Behinderten durch die Deutsche Bundesbahn zu ändern?
73. Abgeordneter  
**Merker**  
(FDP)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß Straßenbaumittel aus der Baustufe Ia in dem jeweiligen Kreis verbleiben, wenn sich die Undurchführbarkeit dieser Maßnahme herausstellt?
74. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)
- Wie verträgt sich die Aussage des Bundesverkehrsministers in seiner soeben verteilten Broschüre „Verkehr gestern, heute, morgen“, der Main-Donau-Kanal gehöre zur „Entwicklung von einzelnen Stromgebieten zu einem einheitlichen zusammenhängenden Binnenwasserstraßennetz“, mit der praktischen Politik der Bundesregierung, die einen Verzicht auf die Verbindung der Stromgebiete des Rheins und der Donau bedeutet?
75. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Wieviel Autobahnen wurden in den letzten Wochen, wie in verschiedenen Presseorganen berichtet, angeblich durch Hitzeeinwirkung beschädigt, und wieviel Unfälle sind dadurch entstanden?
76. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch beläuft sich der dadurch entstandene Schaden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
das Post- und Fernmeldewesen**

77. Abgeordneter  
Dr. Klejdzinski  
(SPD) Ist nach Auffassung der Deutschen Bundespost damit zu rechnen, da die Deutsche Bundespost im Rahmen einer Erprobung beabsichtigt, Automatenpostwertzeichen in der kleinsten Abstufung von 5 Pfg. mit jeweils 5 Pfg. Sprung bis zum Höchstbetrag von 99,95 DM aus Schalterwertzeichendruckern auszudrucken, daß alle Wertstufen von Sammlern am Schalter verlangt werden?
78. Abgeordneter  
Dr. Klejdzinski  
(SPD) Beabsichtigt die Deutsche Bundespost – vergleichbar wie bei der im Januar 1981 begonnenen Erprobung von Münzwertzeichendruckern – alle möglichen Wertstufen, nämlich von 5 Pfg. mit jeweils 5 Pfg. Sprung bis 99,95 DM, über die Versandstelle für Postwertzeichen in Weiden (Oberpfalz) anzubieten?
79. Abgeordneter  
Pfeffermann  
(CDU/CSU) Treffen Meldungen im Handelsblatt vom 14. Juni 1982 zu, wonach der ehemalige Bundespostminister Gescheidle ab 1. Januar 1983 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Telepost-Consulting GmbH und /oder der Deutschen Post-Reklame werden soll?
80. Abgeordneter  
Pfeffermann  
(CDU/CSU) Welches sind die Gründe für diese beabsichtigte Berufung, und warum sollen die seitherigen Aufsichtsratsvorsitzenden von diesen Aufgaben entbunden werden?
81. Abgeordneter  
Dr. Friedmann  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der ehemalige Bundespostminister Gscheidle zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Post-Reklame GmbH, die zu 100 Prozent der Deutschen Bundespost gehört, und der Deutschen Telepost-Consulting GmbH (Detecon), an der die Deutsche Bundespost beteiligt ist, berufen werden soll, und nehmen diese Berufungen, die mit erheblichen Reisen verbunden sind, auf den Gesundheitszustand des ehemaligen Bundespostministers Rücksicht, nachdem er erst vor kurzem wegen dieses Gesundheitszustands sein Amt als Bundesminister aufgeben mußte?
82. Abgeordneter  
Linsmeier  
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung, es jedem Fernsehteilnehmer zu ermöglichen, sich in der ca. zwei Jahre dauernden Phase von Meßprogrammen und Betriebsversuchen durch Installation einer Empfangsanlage einzuschalten, oder plant sie während der präoperationellen Phase eine Limitierung der Empfangseinrichtungen zu Gunsten der Deutschen Bundespost und eines bestimmten Versuchsteilnehmerkreises?
83. Abgeordneter  
Linsmeier  
(CDU/CSU) Wenn ja, an welche Teilnehmerkreise ist hierbei gedacht, und beabsichtigt die Bundesregierung, falls Frankreich die Programmübertragung früher beginnt als deutscherseits die Meßprogramme und Betriebsversuche beendet sind, die Errichtung privater Empfangseinrichtungen für die französischen Satellitenkanäle zu genehmigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

84. Abgeordneter  
**Feile**  
(SPD)      Gibt es Zahlen über den Umfang des Schadens durch Umgehungsgeschäfte bei der kontingentierten Einfuhr von Textilien und durch die mißbräuchliche Ausnutzung der Besonderheiten des innerdeutschen Handels?
85. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß die DDR Standarderzeugnisse wie rohe Schrauben und Muttern 30 bis 35 Prozent einschließlich der Umsatzsteuervergütung unter vergleichbaren Selbstkosten in der Bundesrepublik Deutschland massiv anbietet, und beabsichtigt die Bundesregierung, durch Vereinbarung von Preisen und Mengenlimits darauf hinzuwirken, zahlreiche dadurch in der Existenz gefährdete bundesdeutsche Arbeitsplätze zu erhalten?
86. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU)      Kann die Bundesregierung bestätigen, daß durch die Lieferung von Investitionsgütern in den Ostblock einerseits zwar Arbeitsplätze erhalten bleiben, andererseits aber im Konsumgüterbereich mehr Arbeitsplätze verlorengehen, da die auf den modernen deutschen Maschinen im Osten gefertigte Massenware zu Dumpingpreisen wieder in die Bundesrepublik Deutschland geliefert wird (Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. Juni 1982 „Zwischen den Stühlen“), und welche Folgerungen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls hieraus zu ziehen?
87. Abgeordneter  
**Dr. Lammert**  
(CDU/CSU)      Hat die Bundesregierung einen Überblick über die bis zum Ende dieses Monats bei der europäischen Kommission zu beantragenden Beihilfen deutscher und anderer europäischer Stahlunternehmen, und wie beurteilt sie auf diesem Hintergrund die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie in den nächsten Jahren?
88. Abgeordneter  
**Dr. Lammert**  
(CDU/CSU)      Wie beurteilt die Bundesregierung die Maßnahmen der amerikanischen Regierung gegen Stahlimporte aus der europäischen Gemeinschaft, und wie aussichtsreich ist ihre Bemühung um einen vorzeitigen Subventionsabbau auf dem internationalen Stahlmarkt als wesentlicher Ursache wechselseitiger protektionistischer Maßnahmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

89. Abgeordneter  
**Rossmannith**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß Generalmajor a. D. Bastian, wie die französische Tageszeitung „Le Figaro“ in einem Bericht über die Demonstration in Bonn vom 10. Juni 1982 in ihrer Ausgabe vom Freitag, dem 11. Juni 1982, schreibt, die Aussage getätigt hat, „Wir sind für den Frieden, die anderen bereiten den Krieg vor. Die anderen sind Strauß, Genscher, Kardinal Höfner“, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Sachverhalt?
90. Abgeordneter  
**Rossmannith**  
(CDU/CSU)      Sofern Generalmajor a. D. Bastian diese Aussage getätigt hat, sieht die Bundesregierung darin ein Dienstvergehen gem. § 23 Abs. 2 Nr. 2 des Soldatengesetzes, und wird sie die entsprechenden Maßnahmen einleiten?

91. Abgeordneter Biehle (CDU/CSU) Treffen in der Presse veröffentlichte Vermutungen zu, wonach ein an uns ergangenes Angebot Israels auf Unterrichtung über den sowjetischen T 72 Panzer und über die militärischen Operationen der israelischen Streitkräfte von der Bundesregierung abgeschlagen werde, und falls ja, welche Gründe wären für eine solche Ablehnung maßgeblich?
92. Abgeordneter Würtz (SPD) Hat das Bundesverteidigungsministerium schon konkrete Planungen zum Nachfolgemodell der Phantom F 4 (Luftverteidigungsjäger der 90er Jahre) entwickelt, und wenn ja, welche zeitlichen Vorstellungen gibt es?
93. Abgeordneter Würtz (SPD) Trifft die Meldung der „New York Times“ zu, europäische NATO-Verbündete – insbesondere die Bundesregierung – hätten die USA gedrängt, den Anteil der farbigen Dienstleistenden in ihrer Truppe zu verringern und die Zahl schwarzer Soldaten bei den Stationierungstruppen der USA in Europa zu begrenzen, und wenn ja, welche Dienststelle der Bundesregierung trägt dafür die Verantwortung?
94. Abgeordneter Stutzer (CDU/CSU) Welche Versuche macht die Bundeswehr mit Wirbelnieren und welche Forschungsaufträge hat sie seit 1976 vergeben, die zu Tierversuchen geführt haben?
95. Abgeordnete Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD) Zieht die Bundesregierung aus ihrer Antwort an den Abgeordneten Dr. Feldmann (FDP) vom 29. April 1982, daß „... aus militärisch-operativer Sicht der Wert einer Repressalie (d. h. eines C-Waffen-Einsatzes) in der Bundesrepublik Deutschland gering einzuschätzen“ sei und „die glaubwürdige Androhung der dem Bündnis zur Verfügung stehenden Eskalationsoptionen... den Warschauer Pakt hinreichend vom massiven Einsatz chemischer Kampfmittel abschrecken“ dürfte, die Konsequenz, Produktion, Lagerung und Anwendung von chemischen Waffen im Bereich der NATO zu verhindern, so wie es das von der Bundesregierung unterzeichnete Abschlußdokument der UNO-Abrüstungssondervollversammlung vom 30. Juni 1978 in Nummer 75 fordert?
96. Abgeordneter Dr. Kübler (SPD) Hat die Bundesregierung Informationen, ob in den Munitionslagern der US-Streitkräfte im Viernheimer Wald chemische Kampfstoffe gelagert werden?
97. Abgeordneter Dr. Kübler (SPD) Welche Informations- und Handlungsmöglichkeiten hat die Bundesregierung, die deutsche Bevölkerung vor möglichen Gesundheits- und Umweltschädigungen zu schützen, die möglicherweise von den in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Kampfstoffen der US-Streitkräfte ausgehen können?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

98. Abgeordneter Dr. Steger (SPD) Mit welchen Finanzmitteln wurden welche Schwerpunkte im Bauforschungsprogramm der Bundesregierung in den letzten drei Jahren gefördert?
99. Abgeordneter Dr. Steger (SPD) Welche weitere Entwicklung, vor allem im Hinblick auf eine stärkere Beteiligung der Industrie, ist für die nächsten Jahre geplant?



100. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Münster)  
(CDU/CSU)
- Wieviel Wohnungen sind seitens der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in den letzten Jahren im Vergleich zu vorangegangenen Jahren neu errichtet worden, und hält die Bundesregierung in Anbetracht dieser Zahlen eine Modifizierung der den gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen kraft Gesetzes obliegenden Baupflicht für erforderlich?
101. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung unternehmen, um die bürokratischen Hemmnisse auf dem Bausektor und im handwerklichen Bereich zu beseitigen, um damit die Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft wieder zu verbessern und das Handwerk von einer Verwaltungsbürokratie zu entlasten?
102. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zusätzlich zum Beschäftigungsprogramm ergreifen, um die gegenwärtig schwierige Wettbewerbssituation auf dem Baumarkt günstig zu beeinflussen, um zu vermeiden, daß für die Zukunft notwendige Produktionskapazitäten in der Bauwirtschaft noch stärker als bisher verloren gehen?
103. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU)
- Worauf ist es zurückzuführen, daß nach dem Wohngeld- und Mietenbericht 1981 der Bundesregierung im Bundesdurchschnitt ein vollbeschäftigter Mitarbeiter 758 Wohngeldbescheide bearbeitet, in Nordrhein-Westfalen dagegen nur 639?
104. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU)
- Worauf ist der unterschiedliche Verwaltungsaufwand zurückzuführen?
105. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in einer Illustrierten veröffentlichte Erfindung des amerikanischen Ingenieurs Amos Walls zur Rettung von Menschen aus brennenden Hochhäusern, wonach sich ein Mensch mittels eines in einem Kasten aufgerollten Drahtseils, das beim Abseilen über eine Bremse abgerollt wird, ohne Problem aus einem Hochhaus abseilen kann, und was wird die Bundesregierung im Fall einer positiven Beurteilung der Zuverlässigkeit des Geräts veranlassen, um einen Einsatz zur Rettung von Menschenleben zu fördern?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie**

106. Abgeordneter  
**Clemens**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls, die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH. oder Teile davon derzeit oder in Zukunft von Braunschweig an einen anderen Standort zu verlegen, und wird die Bundesregierung Maßnahmen treffen, die in den nächsten Jahren bei der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung zu einem Wegfall von Arbeitsplätzen in Braunschweig führen?
107. Abgeordneter  
**Collet**  
(SPD)
- Mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung — hier das Bundesministerium für Forschung und Technologie — zur Förderung kombinierter Müllverwertungs- und Verbrennungsanlagen Mittel eingesetzt, und was sind ihre weiteren Absichten?

108. Abgeordneter  
Collet  
(SPD)

Teilt die Bundesregierung — hier das Bundeswirtschaftsministerium — meine Auffassung, daß der Bau und Betrieb kombinierter Müllverwertungs- und Verbrennungsanlagen der Arbeitsbeschaffung, der Rohstoffersparnis und der Energiegewinnung dient, und ist die Bundesregierung bereit, bei einer eventuellen Auflage neuer Konjunkturprogramme der Förderung solcher Anlagen erste Priorität einzuräumen?

Bonn, den 18. Juni 1982



